

Vom Umgang mit Schuld

In den letzten Wochen standen Meldungen aus den Kirchen häufig an der Spitze der Nachrichtenensendungen. Dabei

schnitten die Kirchen selten gut ab: eine Bischöfin mit Alkohol am Steuer, Missbrauch von Kindern und Jugendlichen in katholischen Schulen. Beide Dinge sind ganz verschieden, auch wenn es beide Male um das Fehlverhalten kirchlicher Amtspersonen geht.

Frau Käßmann hat nach ihrem Rücktritt noch an Sympathie gewonnen. Sie hat ihre Schuld bekennt und daraus die Konsequenzen gezogen. Das unterscheidet sie wohltuend von manchen Politikern, die sich schwer damit tun, Fehler einzugestehen und noch schwerer, sich von ihrem Amt zu trennen. Die Vorgänge im katholischen Bereich, die jetzt so viel Aufsehen erregen, liegen Jahrzehnte zurück. Über sie wurde lange geschwiegen, auch von den Betroffenen. Das liegt gewiss an der Scham, mit der sexuelle Handlungen behaftet sind. Es

dürfte aber auch mit dem Bestreben vieler Verantwortlicher zu tun haben, unangenehme Dinge nicht an die Öffentlichkeit gelangen zu lassen. Darum finde ich es nicht gut, wenn die katholische Bischofskonferenz darauf beharrt, jeden Vorwurf zunächst intern zu untersuchen, bevor man eventuell die Staatsanwaltschaft einschaltet. Ich vermute, diese Zurückhaltung

tung sehen, der seine Spitzeltätigkeit verharmlöst und behauptet, er habe niemandem geschadet.

Es ist aber eine unverantwortliche Einführung, nur von der Stasi zu reden. Sie war Schirm und Schild der Partei. Auch der Staatsapparat wurde von der Partei gelenkt. Die Maßstäbe, die an Mitarbeiter und Informanten der Stasi angelegt wer-

und seine Verwaltung mussten aus dem Nichts aufgebaut werden. Das sollte nicht nur Politikern aus Nordrhein-Westfalen und Westberlin überlassen werden. Wer für die DDR aktiv war, sollte nicht von vornherein ausgegrenzt werden. Und manche Erkenntnis, über die wir heute verfügen, besaßen wir damals nicht. Wer damals nach bestem Wissen und Gewissen gehandelt hat, den kann ich heute nicht verurteilen, weil die Entwicklung in manchen Punkten anders verlaufen ist, als wir damals erwarteten.

Die Anerkennung der Bodenreform war niemals Ländersache. Die letzte, frei gewählte DDR-Regierung hat nicht gewollt, dass Handlungen der sowjetischen Besatzungsmacht vor Gründung der DDR problematisiert würden, um die Zustimmung zum Beitritt der DDR zur Bundesrepublik nicht zu gefährden. **Leopold Esselbach**

*

Der Autor ist Generalsuperintendent i.R. aus Neuruppin.

GEDANKEN ZUM WOCHENENDE

schadet der katholischen Kirche mehr, als eine rückhaltlose Offenheit es täte.

Ein anderes Thema, das die Medien seit langem immer wieder beschäftigt, ist der Umgang mit der eigenen Vergangenheit. Dabei geht es nicht nur um Stasi-Geschichten. Was Menschen vor 30 Jahren getan haben, braucht ihnen nicht lebenslang vorgehalten zu werden, wenn sie dazu stehen und ihr Tun bereuen. Ich möchte freilich niemanden in Leitungsverantwortung

den, müssen auch für Partei- und Staatsfunktionäre gelten.

Im Brandenburger Landtag wird jetzt ein Untersuchungsausschuss beauftragt, den Umgang des Landes mit der Vergangenheit Anfang der 90er Jahre zu untersuchen. Den Oppositionsparteien geht es wohl auch darum, den heute Regierenden Fehler nachzuweisen. Dabei muss allerdings berücksichtigt werden, dass die Situation vor 20 Jahren völlig anders war als heute. Das Land Brandenburg